**Deutscher Bundestag** **Drucksache 16/8714**

**16. Wahlperiode** 04. 04. 2008

# Fragen

## für die Fragestunde der 153. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 9. April 2008

### Verzeichnis der Fragenden

## Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

1. Abgeordnete **Birgitt Bender** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

   Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Forderungen von Krankenkassen und auch einigen Bundesländern, den zum 1. Januar 2009 vorgesehenen Gesundheitsfonds erst nach einer Übergangsfrist wirksam werden zu lassen?

2. Abgeordnete **Birgitt Bender** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

   Kann die Bundesregierung Berechnungen, nach denen durch die Einführung des Gesundheitsfonds infolge der Administration für die neuen Zusatzbeiträge und durch die zusätzlichen Transferflüsse, die zwischen Kassen und Gesundheitsfonds entstehen, Verwaltungskosten in der Größenordnung von mehr als 1 Mrd. Euro verursacht werden, bestätigen, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

3. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

   Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Studie „Studienberechtigte 2006 ein halbes Jahr nach Schulabgang“, die bereits im Februar 2008 der Öffentlichkeit präsentiert werden sollten, und warum wurden die Ergebnisse noch nicht publiziert?

4. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

   Wann gedenkt die Bundesregierung ihre offizielle Antwort zum Bericht des UN-Menschenrechtsinspektors Vernor Munoz über das Recht auf Bildung vom 21. März 2007 zu veröffentlichen, da der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen offensichtlich eine umfangreichere Stellungnahme erwartet (vgl. hib vom 22. Februar 2008) als die gemeinsame Stellungnahme mit der Kultusministerkonferenz in der 4. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats (Antwort zu Frage 96 auf Bundestagsdrucksache 16/7052 der Abgeordneten Cornelia Hirsch), bzw. wie wird sie gegebenenfalls erklären, dass sie keine offizielle Antwort verfassen wird?

## Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

5. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welcher Maßstab liegt der Höhe der finanziellen Förderung im zukünftigen Finanzierungsabkommen für die Sorbische Nationalstiftung zugrunde (z. B. Gesamtbedarf oder Erhalt eines institutionellen Grundstocks oder Relation zu anderen von der Bundesregierung geförderten Minderheiten)?

6. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchen demokratisch legitimierten Vertretern des Sorbischen Volkes wird bzw. wurde über das neue Finanzierungsabkommen für die Sorbische Nationalstiftung verhandelt?

## Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

7. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)

Welche Position bezieht die Bundesregierung, insbesondere angesichts der restriktiven Vorgaben durch die UN-Resolution 1244, zu der am 19. März 2008 getroffenen Entscheidung der US-amerikanischen Administration, zukünftig Waffenlieferungen an das Kosovo zu genehmigen?

8. Abgeordnete **Marieluise Beck (Bremen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass das jüngste Vorgehen der russischen Behörden gegen das russisch-britische Unternehmen TNK-BP, dessen Büroräume wie auch die Räume von BP selbst am 19. März 2008 von Mitarbeitern des Inlandsgeheimdienstes FSB und des Innenministeriums durchsucht wurden, dessen 148 ausländische Mitarbeiter zwischenzeitlich aufgrund von angeblichen Visaproblemen aus den Büros abgezogen wurden und dem gleichzeitig eine Inspektion seines größten Ölfeldes durch die russische Umweltbehörde bevorsteht, im Zusammenhang zu sehen sind mit dem am 2. April 2008 von der russischen Duma verabschiedeten Gesetz zur Beschränkung ausländischer Investitionen in 42 „strategischen Bereichen“, darunter auch dem Energiebereich, und dass beides Anzeichen einer zunehmenden Verschlechterung des Investitionsklimas in Russland sind?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

9. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Wann wird nach Kenntnis der Bundesregierung die neue DIN 18040 „Barrierefreies Bauen“ in Kraft gesetzt, und welche „Barrieren“ sind dabei noch zu überwinden?

10. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Ist es zutreffend, dass die Schweiz in ihrem Bemühen, die Deutsche Verordnung (DVO), die die Anflüge zum Züricher Flughafen über deutsches Gebiet begrenzt, aufzulockern, ein Angebot an das Auswärtige Amt geschickt hat mit dem Ziel, die Nutzung des deutschen Luftraumes auszuweiten, und wenn ja, welchen konkreten Inhalt umfasst dieser Brief?

11. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Wie wird die Bundesregierung auf das Ansinnen der Schweiz, die Deutsche Verordnung (DVO) zu lockern, reagieren?

12. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Inwieweit wird sich die Bundesregierung konkret dafür einsetzen, dass die Deutsche Bahn AG der Initiative „Zug der Erinnerung“, die finanziellen Forderungen für Streckengebühren etc. erlässt bzw. die bisherigen Einnahmen an die Initative zurückführt und die wichtige erinnerungspolitische Bildungsarbeit der Initiative hinsichtlich der Rolle der Deutschen Reichsbahn bei den Deportationen in der Nazizeit zudem nicht weiter durch technokratische Hürden wie beim Berliner Hauptbahnhof beständig massiv behindert?

13. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Was spricht nach Ansicht der Bundesregierung dagegen, auf der Elbe eine generelle Tempobegrenzung einzuführen, so wie sie auf anderen Bundeswasserstraßen wie z. B. dem Rhein gelten – besonders vor dem Hintergrund, dass das für den Zeitraum vom 22. bis 25. Mai 2008 in Dömitz und Geesthacht geplante Powerbootrennen vom Veranstalter offensichtlich auch auf den massiven öffentlichen Druck hin abgesagt wurde?

14. Abgeordneter
**Rainder Steenblock**
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Warum wird die für Mitte April 2008 von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) und der Hamburg Port Authority (HPA) geplante 4,8 Mio. Euro teure Ausbaggerung der Elbe (um 2 Meter auf eine Wassertiefe von 16,30 Metern auf einer Länge von 2 Kilometern und einer Breite von 300 Metern im Bereich der Insel Hanskalbsand) mit den damit verbundenen Ablagerungen vor der Störmündung im Rahmen des Sedimentmanagements für den Hamburger Hafen und die gesamte Unterelbe vom Hamburger Hafen bis zur Mündung in die Nordsee ohne Genehmigungsverfahren, also ohne Prüfung der ökologischen Auswirkungen auf Unterelbe und Nordsee, durchgeführt?

15. Abgeordneter
**Peter Hettlich**
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Teilt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Auffassung des Leiters des Wasserstraßenneubauamtes Berlin, Rolf Dietrich, der im Tagesspiegelartikel „Alles im Fluss“ vom 3. März 2008 erklärt, dass Prognosen der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Auftrag gegebenen Studie „Prognose der deutschlandweiten Verkehrsverflechtungen 2025“ „Kaffeesatzleserei“ seien, nach der für die Binnenschifffahrt nach Berlin und Brandenburg selbst bei einem Vollausbau des Verkehrsprojekts Deutsche Einheit Nr. 17 (VDE 17) ein deutlicher Rückgang gegenüber heute zu erwarten sei, und wenn nein, welche Auswirkungen haben die aktuellen Prognosen auf die Ausbauziele für VDE 17?

16. Abgeordneter
**Peter Hettlich**
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Auf welche Zahlen oder Gutachten stützen sich die Aussagen von Bundesminister Wolfgang Tiefensee bei einem Besuch in Wittenberge (laut Bericht des Prignitzer „Verhaltene Zusage für Autobahn 14 und Elbe“ vom 28. März 2008), die Bundesregierung strebe an, in der Elbe mit intensiven Unterhaltungsarbeiten an 345 Tagen im Jahr für eine Tauchtiefe von 1,60 m zu sorgen und damit Schifffahrtsverhältnisse zu sichern, wie sie vor dem Hochwasser 2002 in der Elbe bestanden hätten – mit der Folge, dass der Wittenberger Bürgermeister Dr. Oliver Hermann erklärte, sich intensiv um einen Hafenausbau in der Stadt zu bemühen –, obwohl nach Zahlen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung Ost von 1997 bis 2001 in keinem Jahr Tauchtiefen von 1,60 m an 345 Tagen in der Elbe erreicht wurden, sondern im Elbabschnitt E 8, an dem Wittenberge liegt, die Fahrrinnentiefe von 1,60 m in den Jahren von 1997 bis 2002 durchschnittlich an ca. 112 Tagen jährlich unterschritten wurde?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

17. Abgeordnete **Undine Kurth (Quedlinburg)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung an der bisherigen Ausgestaltung der Eingriffsregelung in ein neu zu schaffendes Umweltgesetzbuch festhalten, wie sie im veröffentlichten Referentenentwurf des Umweltgesetzbuchs formuliert ist, obwohl es aus den unterschiedlichen Ressorts erhebliche Widerstände dagegen gibt, und wenn nein, wie plant die Bundesregierung dann diese Eingriffsregelung festzuschreiben?

18. Abgeordnete **Undine Kurth (Quedlinburg)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung naturschutzrechtliche Regelungen über die gute fachliche Praxis in der Land-, Forst- und Fischreiwirtschaft (gfP) im Umweltgesetzbuch zu integrieren, und wenn ja, wie werden diese Regelungen konkret aussehen?

19. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Gründe sprechen aus Sicht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gegen die Vorschläge des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in den Verhandlungen um ein Umweltgesetzbuch, die geplante integrierte Vorhabengenehmigung nur auf IVU-Anlagen zu beziehen?

20. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum hält es die Bundesregierung für sinnvoll, Regelungen zum Klimaschutz im Umweltgesetzbuch in verschiedenen Büchern (vor allem Buch V und Buch IV) aufzuführen und auf die Bereiche Emissionshandel und erneuerbare Energien zu reduzieren?

21. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konzentrationen von Phosphor, Alkali- und Erdalkalimetallen hält die Bundesregierung für unbedenklich bezüglich der Verträglichkeit in Katalysatoren und Rußfiltern, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass Katalysatoren und Rußfilter durch die Beimischung von Pflanzenölen und Biodiesel zerstört werden, die die derzeit geltenden DIN-Normen und Vornormen für Biodiesel und Pflanzenöle einhalten?

22. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denkt die Bundesregierung darüber nach, den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Anrechenbarkeit von mit mineralöstämmigen Ölen hydrierten biogenen Ölen zeitlich vorzuziehen, falls die Verordnung zur Erhöhung des Beimischungsanteils von Ethanol auf 10 Prozent nicht in Kraft treten sollte, um die von der Bundesregierung gewünschte Biokraftstoffquote zu erreichen, und ist der Bundesregierung bewusst, dass ein höherer Wasserstoffbedarf für Rapsöl im Vergleich zu Palmöl bedeutet, dass das Verfahren chemisch und ökonomisch besser für Palmöl als für Rapsöl geeignet ist?

23. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche $CO_2$-Einsparung hatte die Bundesregierung bei der Zusammenstellung ihres Klima- und Energiepakets durch die erhöhte Beimischungsquote für Biokraftstoff vorgesehen, und durch welche anderen zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen im Verkehrsbereich möchte die Bundesregierung die nun ausbleibenden $CO_2$-Einsparungen aus der Erhöhung der Beimischungsquote kompensieren?

24. Abgeordnete **Ulrike Höfken** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wird die Bundesregierung die Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen für den Fall sicherstellen, dass die EU-Kommission die deutsche Nachhaltigkeitsverordnung für Biokraftstoffe nicht ratifiziert, und unterstützt die Bundesregierung die Haltung der EU-Kommission, dass nationale Nachhaltigkeitsvorschriften für Biokraftstoffe nicht strenger sein dürfen als die zukünftigen EU-Vorschriften?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

25. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Kollision von Beförderungspflicht nach den Bestimmungen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) im Zusammenhang mit dem Diskriminierungsverbot von Ausländern und der fehlenden Pflicht zur Vorlage von Ausweis- beziehungsweise Passdokumenten vor Auf-

nahme des Fahrgastes in Taxis innerhalb der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die anschließende strafrechtliche Verfolgung dieser Taxifahrer wegen Transportes illegal Eingereister?

26. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Inwieweit sieht die Bundesregierung die heftige Kritik des Bundesbeauftragten für Datenschutz an der generellen Sicherung von Daten von EU-Bürgerinnen und Bürgern im Ausländerzentralregister des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, die dieser bereits am 6. September 2004 gegenüber der Berliner Zeitung „DER TAGESSPIEGEL“ geäußert hat, nun bestätigt, nachdem der EU-Generalanwalt Miguel Poiares vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg am 3. April 2008 in einem Schlussantrag dies für nicht mit europäischem Recht vereinbar bzw. diese Speicherung für zu umfassend als von der EU-Aufenthaltsrichtlinie erlaubt erklärt hat und damit ein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot sowie die EU-Datenschutzregelungen vorliege?

27. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Bericht des Bundesrechnungshofes über die „Mitarbeit von Beschäftigten aus Verbänden und Unternehmen in obersten Bundesbehörden“, und was hat die Bundesregierung unternommen, um auszuschließen, dass Partikularinteressen von Verbänden und Unternehmen in Gesetzentwürfe der Regierung einfließen?

28. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Vorwürfe des Bundesrechnungshofes in Bezug auf die Beteiligung von Lobbyisten an der Gesetzgebung des Bundes?

29. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An welchen Gesetz- und Verordnungsentwürfen der Bundesregierung oder anderen obersten Bundesbehörden waren externe Mitarbeiter von Unternehmen und Verbänden an der Erarbeitung in den letzten fünf Jahren beteiligt (vgl. Bericht des Bundesrechnungshofes nach § 88 Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung zur Mitarbeit von Beschäftigten aus Verbänden und Unternehmen in obersten Bundesbehörden vom 25. März 2008), und wie (beispielsweise Zeitpunkt, Rechtsform, Übernahme welcher

Vorschläge) wird die Bundesregierung die Empfehlungen des Bundesrechnungshofes in diesem Bericht aufgreifen und umsetzen?

30. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Auskünfte gibt die Bundesregierung über jeweilige Zeiträume, Art, Empfänger und Kosten von Ausbildungsunterstützung, welche die GSG 9 seit ihrer Gründung Spezialeinheiten anderer Staaten leistete, und wie bewertet die Bundesregierung jeweils die Wirkung jener Hilfe vor allem angesichts der Menschenrechtslage in den Empfängerstaaten?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

31. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Welche Position hat die Bundesregierung nach Ablauf der Zweimonatsfrist für eine Stellungnahme auf die Kritik der Europäischen Kommission zur Nachbesserung des nationalen Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsrechts zum 1. April 2008 eingenommen?

32. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Wann konkret und auf welchem Weg hat das Bundesministerium der Justiz Kenntnis darüber erhalten, dass das Brandenburgische Justizministerium sich gegen die Verfahrensweise des Landes Brandenburg im Umgang mit unbekannten Bodenreformerben ausgesprochen hat?

33. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Bedenken wurden dabei von Seiten des Brandenburgischen Justizministeriums geäußert?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

34. Abgeordneter **Dr. Hermann Otto Solms** (FDP)

Ist die letzte Sanierungshilfe des Einlagensicherungsfonds privater Banken (300 Mio. Euro) konditioniert, und wenn ja, in welcher Form?

35. Abgeordneter
**Dr. Hermann Otto Solms**
(FDP)

Ist es nach den Erfahrungen und Beurteilungen des Bundesministeriums der Finanzen bzw. der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht im Fall von Banksanierungen üblich, Risiken glatt zu stellen, oder empfiehlt es sich, die Risiken auf den Büchern zu halten und auf günstigere Marktbewertungen zu warten?

36. Abgeordnete
**Christine Scheel**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch ist derzeit die Anzahl der Anspruchsberechtigten für den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende, und falls keine aktuellen Zahlen verfügbar sind, welche Annahmen zur Anzahl von Anspruchsberechtigten liegen dem in der Datensammlung zur Steuerpolitik 2007 des Bundesministeriums der Finanzen ausgewiesenen Steuerausfall von 660 Mio. Euro für 2007 zugrunde?

37. Abgeordnete
**Christine Scheel**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird bzw. kann die Bundesregierung von den Bundesländern die Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer der Steuerklasse II für die zurückliegenden Jahre abfragen, seitdem der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende eingeführt wurde, und diese dem Bundestag mitteilen, und wenn nein, warum nicht?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

38. Abgeordnete
**Dr. Dagmar Enkelmann**
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des EuGH zum niedersächsischen Vergabegesetz?

39. Abgeordnete
**Bärbel Höhn**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erwartet die Bundesregierung bei der Fortsetzung ihrer bisherigen Energiepolitik eine Stromlücke bzw. Stromausfälle, wie sie jüngst von der Deutschen Energie-Agentur und dem Präsidenten der Bundesnetzagentur prognostiziert wurden, oder teilt sie die Ansicht des Präsidenten des Umweltbundesamtes, dass „wir im Jahr 2020 mit Sicherheit auch in Zeiten der höchsten Stromnachfrage keine Probleme haben [werden]“?

40. Abgeordnete
**Ute Koczy**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung den internationalen Expertenbericht, der von der Euler Hermes Kreditversicherung AG, der Österreichischen Kontrollbank AG und der Schweizerischen Exportrisikoversicherung in Auftrag gegeben wurde, und die Erfüllung der Auflagen durch die türkische Regierung untersucht, die, als Voraussetzung für die Absicherung des Ilisu-Staudammprojekts durch Exportkreditgarantien aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, erlassen wurden?

41. Abgeordnete
**Ute Koczy**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen des Expertenberichtes, bzw. haben die Ergebnisse Einfluss auf das Engagement der deutschen Bundesregierung für das Ilisu-Staudammprojekt?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

42. Abgeordnete
**Silke Stokar von Neuforn**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung das vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, öffentlich geforderte und angesichts der aktuellen Fälle von Mitarbeiterüberwachung bei Lebensmitteldiscountern wie LIDL auch dringend notwendige Arbeitnehmer-Datenschutzgesetz einbringen?

43. Abgeordneter
**Dr. Diether Dehm**
(DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, damit in allen vom Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) im Fall „Rüffert“ betroffenen Branchen die Möglichkeit von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen für die betroffenen Tarifverträge durchgesetzt werden können, um die selbst von der Sprecherin der EU-Kommission genannten drei Möglichkeiten für Lohnvorgaben bei öffentlichen Aufträgen (einen allgemein verbindlichen Tarifabschluss, einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn oder aber einen Tarifvertrag zwischen den größten Tarifpartnern, der eine große Mehrheit der Arbeitnehmer betreffe) zur Sicherung von sozialen und tariflichen Mindeststandards bei öffentlichen Aufträgen durchzusetzen?

44. Abgeordneter **Dr. Diether Dehm** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Entsenderichtlinie und der Vergaberichtlinie ergreifen, damit die Auswirkungen durch das Urteil des EuGH im Fall „Rüffert" nicht zu einer flächendeckenden Aushebelung der durch die Tariftreuegesetze festgelegten sozialen und tariflichen Mindeststandards führen können?

45. Abgeordneter **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, damit eine Politik im Rahmen der Europäischen Union entwickelt werden kann, dass die Aussage des Vorsitzenden der IG BAU, das durch das EuGH-Urteil im Fall „Rüffert" (Rechtssache C-346/06) „ein weiterer Schritt hin zum Raubtierkapitalismus" gegangen wurde, der dazu führen wird, „dass die Bürger Europa endgültig ablehnen", und auch die Einschätzung des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, dass die EuGH-Richter eine „dogmatische Auslegung der Entsenderichtlinie" vorgenommen hätten, in Zukunft verhindert werden kann?

46. Abgeordneter **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.)

Ergibt sich aus dem „Rüffert-Urteil" nach Ansicht der Bundesregierung ein notwendiger Ergänzungsbedarf bei den europäischen Verträgen, da das Gericht etwa nach Einschätzung der sozialdemokratischen Europaabgeordneten Karin Jöns die Grundfreiheiten regelmäßig höher bewertet als Grundrechte, und welche Auswirkungen auf das Tarifrecht sowie auf die existierenden Tariftreuegesetze in den Bundesländern, etwa in Berlin, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein, erwartet die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Gerichtsurteils?

47. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Wie viele Arbeitnehmer werden durch die Aufnahme ihrer Branche in das Entsendegesetz einen Mindestlohn erhalten, und was will die Bundesregierung unternehmen, damit die Arbeitnehmer, die nicht in den entsprechenden Branchen arbeiten, einen Mindestlohn erhalten?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

48. Abgeordnete
**Dr. Barbara Höll**
(DIE LINKE.)

Ist es, Bezug nehmend auf die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs, Dr. Hermann Kues, dass die Bundesregierung „mehrheitlich“ Seminare zur Konvertierung von Homosexuellen ablehne (Plenarprotokoll 16/150, S. 15809; Bundestagsdrucksache 16/8022), zutreffend, dass es innerhalb der Bundesregierung eine Minderheitenposition gibt, die die Konvertierung von Homosexuellen befürwortet?

49. Abgeordneter
**Josef Philip Winkler**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Standes der wissenschaftlichen Erkenntnisse, die Auffassung „sexueller Missbrauch“ führe bei den Opfern u. a. zur „Entwicklung von homosexuellen Neigungen (ich suche im Gegenüber, was ich selbst nicht habe)“ (Quelle: www.wuestenstrom.de), „Homosexualität … sei Ausdruck eines Traumas und könne suchtartige Züge annehmen“ und sei „heilbar“ (www.wuestenstrom.com) bzw. „veränderbar“ (www.wuestenstrom.de), und halten sie und der Träger eine Einrichtung, die diese Auffassungen vertritt, für geeignet, um (homo- wie heterosexuelle) Opfer von sexuellem Missbrauch zu betreuen (Christival Seminar 650 Tabuthema: Jungen als Opfer sexuellen Missbrauchs. Stefan Schmidt, Marbach, Wüstenstrom e. V.)?

50. Abgeordneter
**Josef Philip Winkler**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum haben die Bundesregierung und der Träger bei dem Seminar der OJC (Offensive Junger Christen e. V./Deutsches Institut für Jugend und Gesellschaft) mit dem Ziel der Absage interveniert und hat dies bei dem Seminar von Wüstenstrom e. V. bisher unterlassen, obwohl sich beide Gruppen gleichermaßen an den Standpunkten der sog. Ex-Gay-Ministries orientieren, und worin liegen die humanwissenschaftlichen Differenzen in den Konzeptionen und Grundlagen dieser beiden Organisationen?

51. Abgeordneter
**Volker Beck (Köln)**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilen die Bundesregierung bzw. der Träger aej humanwissenschaftlich und theologisch die Konzepte von Wüstenstrom e. V. einschließlich ihrer Theorie, dass Homosexualität „veränderbar“ oder „heilbar“ ist, dass „sexueller Missbrauch“ bei den Opfern u. a. zur „Entwicklung von homosexuellen Neigungen (ich suche im Gegenüber, was ich selbst nicht habe)“ führe (Quelle: www.wuestenstrom.de),

und ihrer Ansicht „Sexueller Missbrauch hat viele Folgen – darunter auch Homosexualität!“ (www.wuestenstrom.de), und was unterscheiden die Träger OJC und Wüstenstrom, dass der Träger und die Bundesregierung wegen der humanwissenschaftlichen und theologischen Ansätze des OJC/Deutsches Institut für Jugend und Gesellschaft (Schreiben der Bundesministerin an Abgeordneten Volker Beck – Köln – vom 1. Februar 2008) eine Absage des Seminars Nr. 644 OJC/Deutsches Institut für Jugend und Gesellschaft innerhalb von 24 Stunden durchsetzten und trotz faktisch gleicher Ansätze bei der anderen Homosexuellenheilungsorganisation wüstenstrom beim Seminar Nr. 650 bisher anscheinend nicht oder nicht mit dem gleichen Erfolg tätig geworden ist?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333